

## AKTUELL



In Luxemburg darf bis auf weiteres Zuchtpelz verkauft werden.

## VERKAUFSVERBOT FÜR ZUCHTPELZ

# Goergen rückt der Regierung auf den Pelz

Isabel Spigarelli

**Die Piratepartei wollte das Verkaufsverbot von Zuchtpelz in Luxemburg. Die Majorität stimmte in der themenbezogenen Aktualitätsstunde jedoch für die Motion der DP und somit für europaweite Richtlinien und ein Importverbot für Pelzware aus Drittländern. Marc Goergen (Piratepartei) nennt das Vorhaben sowohl unrealistisch als auch naiv.**

„Mit dem nationalen Verkaufsverbot von Zuchtpelz kann Luxemburg heute ein Zeichen für den Tierschutz setzen“, sagte der Abgeordnete Marc Goergen am Dienstag in der Chamber. „Die Legalität des Verkaufs ist eine Lücke im aktuellen Tierschutzgesetz.“ Goergen hält es für paradox, dass das Tierschutzgesetz von 2018 Pelzfarmen in Luxemburg verbietet, den Verkauf von Zuchtpelz aber nicht. Das Thema wurde bereits 2016 in der Chamber diskutiert. Es war die Rede von einem Austausch auf EU-Ebene. Getan hat sich seither nichts Konkretes.

Sich hinter EU-Standards zu verstecken, argumentierte Goergen, sei eine schlechte Ausrede. Die Richtlinien zum freien europäischen Binnenmarkt seien kein Gegenargument. Nach Artikel 36 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union müssten die Einfuhrverbote und -beschränkungen zwischen den Mitgliedsstaaten aufgehoben werden, wenn beispielsweise das Tierwohl in Gefahr sei. Das treffe im Falle von Pelz aus Zuchtfarmen zu.

Obwohl Gusty Graas (DP) angab, dass zwei Drittel der Pelzware in der EU von Zuchttieren stamme, brachten mehrere Abgeordnete die „nose-to-tail“-Verwertung von Nutztieren und legal gejagten Tieren in die Debatte ein, die der Entsorgung der Überreste vorzuziehen sei. Wie viel Fell und Haut bei Luxusmarken tatsächlich aus

der Jagd oder der Fleischproduktion stammen, blieb unerwähnt.

Die DP gab eine eigene Motion ab, die sich auf Europa bezieht. Sie reiche weiter als die der Piratepartei, so Gusty Graas. Die Regierungspartei schlägt ein allgemeines Verbot von Zuchtfarmen zur Pelzproduktion (Wolle, Leder, Federn, Pelz), Sensibilisierungsarbeit zu den Lebensbedingungen von Pelztieren, ein Importverbot für Zuchtpelz aus Drittländern sowie Warenetiketts, die über die Herkunft und die Produktionsbedingungen der Pelzware informieren, vor. Graas wies gleichzeitig darauf hin, dass von Ländern wie Frankreich, Finnland oder Italien keine Unterstützung zu erwarten sei. Dort gebe es die höchste Anzahl an Pelzfarmen. Luxemburg müsse sich deswegen Verbündete suchen. Ein Alleingang sei in dieser Angelegenheit unsinnig. David Wagner (déi Lénk), der beide Motionen mittrug, aber die Argumentation der DP kritisierte, spottete: „Interessant, dass luxemburgische Alleingänge bei finanziellen Interessen der Multikonzerne akzeptiert werden.“ Seine Kritik blieb unkommentiert. Am Ende wurde die Motion der DP mit 98 Stimmen verabschiedet, die der Piratepartei erhielt nur vier Ja-Stimmen.

Goergen lehnte die Motion der DP entschieden ab. In seinem Redebeitrag nach der Abstimmung lachte er auf und erinnerte an die leeren Versprechungen von 2016. Er hält es für unrealistisch, dass europaweite Verbote durchkommen. Außerdem fehle es der Motion der DP an konkreten Schritten und an einem Zeitplan. Es sei zudem naiv, davon auszugehen, dass ein Etikett die Konsument\*innen vom Kauf von Zuchtpelz abhalten würde. Ein „Ja“ von Goergen zu diesem Kompromiss hätte seinem Plädoyer für Tierrechte allerdings wesentlich mehr Glaubwürdigkeit verliehen.

## SHORT NEWS

## SOS Faim erklärt umstrittene Plakatkampagne

(is) - Muss eine Plakatkampagne selbsterklärend sein oder irritieren, um damit Neugier zu wecken? SOS Faim vertraute zuletzt auf die zweite Strategie. Auf ihren Plakaten, die vor allem schwarze Frauen mit Kindern abbilden, prangt der Satz: „Qu'ils se débrouillent.“ Dazu das Logo der NGO, Details? Keins von beidem. Die letzten Tage meldeten viele Menschen der Polizei die Plakate als rassistisch und xenophob oder erfragten Informationen, verrät die NGO in einem Erklärungsschreiben. Sie dankt ihnen dafür: Es zeige, dass in Luxemburg ein Bewusstsein für rassistische und xenophobe Mitteilungen bestehe - und die Menschen sie nicht stillschweigend akzeptieren würden. Die NGO will mit der Kampagne das Narrativ von „Afrika braucht Europa“ kippen und signalisieren, dass den afrikanischen Ländern deren Rechte und Autonomie zurückgegeben werden muss. Die gezeigten Personen sind Kund\*innen des beninischen Geld- und Kreditinstituts RENACA und wurden vor Ort in ihrer Landessprache über den Inhalt der Kampagne aufgeklärt. Die Fotos stammen von einem lokalen Fotografen, der interessierte Kund\*innen in ihrem Zuhause fotografierte. In einer zweiten Phase will SOS Faim weitere Details zur Kampagne liefern.

## Kinderrechte in Luxemburg: Viel Handlungsbedarf

(tj) - Am Mittwochabend stellte das „Ombudscomitée fir d'Rechter vum Kand“ (ORK) seinen Bericht zur Kinderrechtslage vor. In einigen Bereichen freut sich das ORK über erfolgte Entwicklungen. So sei es begrüßenswert, dass Kinder in Fällen häuslicher Gewalt mittlerweile offiziell als Opfer anerkannt würden. Auch die Tatsache, dass inzwischen ein praktischer Leitfaden für Suizidprävention bei jungen Menschen vorliegt, sieht das ORK positiv. In mehreren Bereichen sieht es aber Handlungsbedarf. So müssten Prozeduren geschaffen werden, damit Kinder sich auch bei einer anonymen Geburt späterhin über ihre Herkunft informieren könnten. Das ORK spricht sich entschieden gegen Gewalt an Kindern aus. Egal ob diese in Form psychischen Drucks, einer Backpfeife oder schlimmeren Formen erfolge: In jedem Falle handle es sich um Gewalt, die unter keinen Umständen zu tolerieren sei. In puncto Menschenhandel fehle es an einer nationalen Strategie, um Opfer im Kindesalter besser identifizieren und ihnen helfen zu können. Eine Strategie fehle ebenfalls im Bereich der mentalen Gesundheit, um Kinder und Jugendliche besser unterstützen zu können. Dabei habe das ORK diese Forderung bereits vor zehn Jahren geäußert, so das Vorstandsmitglied Michelle Entringer am Mittwoch. Zurzeit arbeitet das ORK an einem ausführlicheren Bericht, der anschließend der Genfer Kinderrechtskommission vorgelegt werden wird. Ein solcher Bericht wird alle fünf Jahre von sämtlichen Mitgliedstaaten gefordert.

online

## Häusliche Gewalt, Neo-Nazis und Sexting

Vous aimez le woxx en print, mais cela ne vous suffit pas ? Alors consultez woxx.lu : Vous y trouverez des articles qui ont uniquement paru online.

Sie mögen unsere Printausgabe, aber Sie wollen mehr woxx? Dann schauen Sie doch auf woxx.lu vorbei: Dort finden Sie Artikel, die ausschließlich online veröffentlicht wurden.

**Alarmknopf für Opfer häuslicher Gewalt?** Der „bracelet électronique anti-rapprochement“ soll helfen, Opfer häuslicher Gewalt besser zu schützen. <http://woxx.eu/alarm>

**PayPal : Aider la recherche et... les néonazis** L'entreprise américaine de paiement en ligne vient d'entrer encore une fois dans la ligne de mire d'activistes antifascistes : au lieu de cesser leurs services à un groupe d'extrême droite allemand, PayPal a décidé de poursuivre les activistes. <http://woxx.eu/paypal>

**Superheldin gegen den Missbrauch von sexting** Der Comic „Envie moi une photo...“ thematisiert die illegale Weitergabe intimer Inhalte unter Jugendlichen. <http://woxx.eu/sexting>